Nr. 195 — 2. Ausgabe — Sonntag, 20. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 19 5 20, 19 5 38, 19 5 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.— für Teuer- oder Zuschlag 10 %. Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche amtliche Bekanntmachungen 25 %. Sondernachlaß. Briefgebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.70, vierteljährlich M. 8.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10, B mit „Illustr. Neueste“ „ 1.85, „ 5.55. Postbezug im Ausland n. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.30. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Eine Regierungskrise in Frankreich

× **Versailles**, 19. Juli. In der gestrigen Kammersitzung wurde über die allgemeine Teuerung und über die Ernährungspolitik der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aufs schärfste angegriffen, hauptsächlich die Abgeordneten Monzie und Paisan, die die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verkehrt hielten, erklärten, man habe, um gegen die Teuerung anzukämpfen, die Gehälter erhöht, ein Gesetz gegen die Spekulanten gemacht, die sich nicht darum kümmerten, und schließlich einen Wirtschaftsausschuß ernannt, habe aber vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde und daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Zollpolitik aufs schärfste angegriffen.

Der Ernährungsminister Boret war als einziger Minister anwesend. Er verteidigte die Politik des Ministeriums und verwarf schließlich die Tagesordnung Augagneur, der auch in die Debatte eingegriffen und erklärt hatte, das Ministerium habe sich unfähig erwiesen, gegen die Teuerung anzukämpfen. Belgien und Italien dagegen hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Renard annehmen zu können. Trotzdem wurde der Tagesordnung Augagneur mit 227 gegen 213 Stimmen der Vorrang zuerkannt. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Minderheit gebracht worden. Der Ernährungsminister Boret hat Clemenceau seinen Rücktritt angeboten. Doch ist noch nicht bekannt geworden, ob er angenommen würde und ob schließlich nicht doch das ganze Kabinett in die Krisis hineingezogen wird. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.

Gestern abend wurden zwölf Mitglieder des Verwaltungsrates des allgemeinen Arbeiterverbandes von Clemenceau empfangen, der sich fünf Minuten mit ihnen unterhielt. Er soll ihnen erklärt haben, er könne politische Streiks nicht dulden. Jouhaux soll darauf geantwortet haben, der Streik richte sich in der Hauptsache gegen die Lebensmittelteuerung, trage also einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter. Der Verwaltungsrat des allgemeinen Arbeiterverbandes trat nach Beendigung der Unterredung mit Clemenceau alsbald zu einer Sitzung zusammen und faßte unter dem Eindrucke der Vorgänge in der Kammer den Beschluß, den Generalstreik vom 21. Juli zu vertagen und dem Nationalkomitee am Montag die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten. In der Tagesordnung wird erklärt, daß die unter Androhung des Generalstreiks bereits festgestellten Dispositionen betr. Demobilisierung und Amnestie eine Rolle gespielt haben und daß die durch die Kammerabstimmung geschaffene Lage bewiesen habe, daß die Stimme der arbeitenden Klasse, die die Regierungspolitik verurteile, gehört worden sei.

Die Demobilisation in Frankreich

× **Paris**, 18. Juli. Der Marschall Pétain hat laut „Echo de Paris“ vorgeschlagen, am 1. August das französische große Hauptquartier aufzuheben. Seine Dienstzweige in Chantilly sollen nach Paris verlegt werden. Der Oberste Kriegsrat würde mit Pétain als stellvertretendem Vorsitzenden wiederhergestellt werden.

Die Schützer der kleinen Staaten

× **Belgrad**, 19. Juli. (Meldung des Slawischen Pressebureaus.) In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung interpellierte Dakovic den Ministerpräsidenten über das Treiben ausländischer Amtspersonen in Montenegro. Der Interpellant sagte: „Die Italiener wühlen gegen den Verband des südslawischen Reiches, besonders gegen den Anschluß Montenegros an Südslawien. Fast täglich ereignen sich blutige Zwischenfälle. Italienische Soldaten töten montenegrinische Bauern und dingen Mörder gegen unsere Beamten, von denen mehrere bereits ermordet sind. Außerdem sind in Montenegro auch Agenten anderer Großmächte tätig, die uns sonst freundschaftlich gesinnt sind; insbesondere entfaltet England eine Agitation für die Dynastie des Exkönigs Nikita.“ Der Ministerpräsident erklärte: „Auch die Regierung erhielt Nachricht von bedauernswerten Ereignissen in Montenegro, wo sich die italienischen Organe nicht korrekt aufführen. Die Regierung machte Vorstellungen bei den Großmächten und Italien.“ Der Redner glaubte nicht, daß sich auch die englischen Organe unkorrekt benommen hätten. Der Interpellant erklärte sich mit der Antwort nicht zufrieden und regte an, daß die Belgrader Regierung den Großmächten die Erklärung zukommen lasse, sie sei bereit, dem vormaligen König von Montenegro eine Art Apanage zu gewähren, doch es müsse dem früheren König unmöglich gemacht werden, unter dem Schutze Italiens in den südslawischen Gebieten Wirren hervorzurufen. Der Ministerpräsident erwiderte, die Regierung tue alles mögliche, um vom montenegrinischen Volke alle Gefahren fernzuhalten. Der Ministerpräsident könne aber in der Oeffentlichkeit keine eingehenderen Aeußerungen über gewisse heikle Fragen machen. Doch könne er sagen, Aehnliches wie in Montenegro könnten auch größere Staaten erleben.

Die Beziehungen zu Amerika

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Amsterdam meldet, hat Wilson Befehl gegeben, daß die Konsuln der Schweiz in Holland dazu ermächtigt werden, Amerika bis zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland so lange zu vertreten, bis der Senat den Frieden ratifiziert haben wird.

Eine neue Schadenersatz-Rechnung

+ **Zürich**, 19. Juli. (Priv.-Tel.) Die französische Parlamentskommission, die für die Ratifikation des Friedens aufgestellt wurde, hat durch Dubois festgestellt, daß der von Deutschland angerichtete Sachschaden 119 Milliarden, der landwirtschaftliche Schaden allein 37 Milliarden beträgt. In der Summe von 119 Milliarden ist der Wiederaufbau des Handels nicht inbegriffen. Die militärischen Pensionen betragen außerdem 43 Milliarden, für minderjährige Kinder 6 Milliarden 9 Millionen Franken Schaden, zusammen 200 Milliarden.

Mißglückte Propaganda

* **Mainz**, 19. Juli. Die Franzosen betreiben zur Zeit in der besetzten Zone von Mainz eine neue Art von Schulpropaganda. Französische, auf deutschsprechende Offiziere besuchen die oberen Klassen und nehmen Prüfungen im französischen Sprachunterricht vor. Die besten Prüflinge erhalten französische Bücher mit Widmungen als Geschenk. Im neuen Gymnasium wurde dem beschenkenden Offizier aber eine üble Ablehnung zuteil. Die Schüler lehnten die Prämien mit mürrischem Nein ab, worauf der Offizier die Bücher wütend wegwarf und die Schule verließ.

Die Grenze gegen Polen

× **Berlin**, 19. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In einzelnen Kreisen an der künftigen deutsch-polnischen Grenze, die nach dem Friedensvertrage bei Deutschland verbleiben sollen, wird von polnischer Seite die Behauptung aufgestellt, daß ein Uebergang dieser Kreise an Polen etwa im Wege des Austausches doch noch erfolgen werde. Gegenüber solchen Behauptungen muß ausdrücklich festgestellt werden, daß ihnen jede tatsächliche Begründung fehlt und daß die Regierung nicht daran denkt, irgendwelche Aenderung der im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzen zuungunsten Deutschlands zuzugeben.

Die irische Frage im Völkerbund

× **Amsterdam**, 19. Juli. „New York Herald“ schreibt: Es liegt auf der Hand, daß der Völkerbund Großbritannien verpflichtet, die Frage der irischen Unabhängigkeit einer internationalen Körperschaft zu unterbreiten, in der Großbritannien seine Stimme hat. Die Teilnahme am Völkerbunde würde die Vereinigten Staaten an einen ähnlichen Gerichtshof binden, falls etwa Hawaii seine Unabhängigkeit verlangen sollte. Das amerikanische Volk wünsche zu wissen und habe ein Recht darauf, zu wissen, was die Teilnahme am Völkerbunde in seiner jetzigen Form den Ländern für Verpflichtungen auferlege.

Der internationale Zusammenschluß

× **Amsterdam**, 19. Juli. Wie das Sekretariat des niederländischen Gewerkschaftsbundes mitteilt, finden augenblicklich in Amsterdam Beratungen des internationalen Transportarbeiterbundes statt. Die internationale Konferenz, die im April in Amsterdam abgehalten wurde, hat eine aus je einem Vertreter Englands, Schwedens, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens bestehende Kommission eingesetzt, um zusammen mit dem holländischen Transportarbeiterbund über den Entwurf der neuen Statuten zu verhandeln. Als Vertreter der deutschen Organisation nimmt Döring an den Verhandlungen teil.

Die Behandlung unserer Truppen in Saloniki

× **Weimar**, 19. Juli. Die Auskunft des preußischen Kriegsministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Maretzky (Deutsche Volksp.) stellt fest, daß nach aus Saloniki eingetroffenen Briefen die dort zurückgehaltenen deutschen Schwarzmeer-Truppen entgegen den schriftlichen und mündlichen Versprechungen hoher und höchster Ententebefehlshaber nicht nur festgehalten, sondern sogar als Gefangene behandelt würden. Die Briefe erwähnten Krankheiten, wie Malaria, Fleckfieber usw., nur nebenbei, da unzensierte Briefe kaum den Weg bis zu uns finden. Daher sei es natürlich, wenn die Briefschreiber über diese Verhältnisse nur vorsichtig berichteten. Dem Mangel an Medikamenten habe eine vom internationalen Roten Kreuz entsandte Kommission abzuhelfen versucht. Material über diese Verhältnisse sei der Waffenstillstandskommission zur Beschwerde übermittelt worden.

Der 21. Juli

* **Berlin**, 19. Juli. Die heute in den Germania-Sälen tagende Vollversammlung der Arbeiterräte war infolge der Spaltung im Vollzugsrate nur von den Unabhängigen und Kommunisten besucht. Richard Müller, der den Vorsitz führte, empfahl die von der gestrigen Konferenz der unabhängigen Arbeiterräte und Funktionäre beschlossene Resolution, in der allgemeine Arbeitsruhe am Montag gefordert wird. Die Abstimmung ergab Annahme der Resolution gegen eine Stimme. Es wurde dann festgestellt, daß als lebenswichtige Betriebe, die vom Streik nicht berührt werden sollen, nur zu betrachten sind die Brot-, Fleisch- und Milchversorgung.

Gleichzeitig mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei Deutschlands tagten heute die Arbeiterräte der S. P. D. und die Demokraten gemeinsam in Haberlands Festsälen. Mit großer Mehrheit wurde ein Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: „Die Arbeiterschaft der Ententestaaten und neutralen Länder kann wohl einen Druck auf ihre Kapitalisten und ihre Regierungen zur Milderung des Gewaltfriedens ausüben, durch den Streik in Deutschland kann das leider nicht erreicht werden, da jede Stunde Arbeitsruhe den notwendigen Ausbau des wirtschaftlichen Lebens verlangsamt, und so empfehlen wir, von einer Arbeitsruhe abzusehen, erwarten aber, daß sich die Arbeiter nach Schluß der Arbeitszeit an den Demonstrationen der S. P. D. für die allgemeine Völkerverbrüderung restlos beteiligen.“

Der abgesagte Proteststreik

× **Graz**, 19. Juli. Die Versammlung der Arbeiterräte beschloß nach Vorschlag der Parteileitung, am 21. d. M. keine Arbeitsruhe eintreten zu lassen, sondern am Sonntag eine Kundgebungsversammlung abzuhalten.

× **Rom**, 19. Juli. (Stefani.) Der Gedanke eines Generalstreiks scheint immer mehr an Boden zu verlieren. Zahlreiche Gewerkschaftssektionen aller Berufe teilen mit, daß sie an dem Streik am 21. Juli nicht teilnehmen.

Die Sicherung der Ernte

(N.) **Dresden**, 19. Juli. Von ganz vereinzelten und rein örtlichen Schwierigkeiten abgesehen, besteht nirgends in Sachsen die Gefahr eines Erntestreiks. Es ist vielmehr als sicher anzunehmen, daß die abgeschlossenen Tarife von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gehalten werden. Außerdem vermag die sächsische Landarbeiterschaft aus ihrer guten Kenntnis der Ernährungsschwierigkeiten unsres Landes heraus die unabsehbaren Folgen gerade eines Erntestreiks viel zu gut zu würdigen. Sie würde sich daher wohl kaum auf ein derartiges Abenteuer einlassen, das in seinem Ergebnis so ungefähr so wirken würde, wie wenn sie ein ganzes Jahr lang gestreikt hätte. Denn ein Erntestreik vernichtet die Früchte des Fleißes eines ganzen Jahres.

Die Naturalbezüge der Landarbeiter

× **Berlin**, 19. Juli. Der Landwirtschaftsminister hat an den Ernährungsminister ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: Mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Getreideernte ist es dringend geboten, dafür zu sorgen, daß von der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiterschaft alles ferngehalten wird, was zur Unzufriedenheit und Beunruhigung Anlaß geben könnte. Die jüngsten Vorgänge in Pommern haben gezeigt, daß es sowohl unter den Besitzern selbst, wie in den radikalen Kreisen der äußersten Linken gewissenlose Leute gibt, die die Dinge zum äußersten treiben und durch Gefährdung einer auskömmlichen Ernährung die Bevölkerung an den Rand des Verderbens bringen, nur um dadurch ihren extremen Parteiinteressen zu dienen. Ein wirksames Mittel zur Vermeidung einer solchen Entwicklung wird darin zu finden sein, daß den Landarbeitern die ihnen vertragsmäßig zustehenden Naturalbezüge in vollem Umfange gewährt und den leistungspflichtigen Arbeitgebern die Möglichkeit genommen wird, diese Naturalbezüge in Bar abzugelten. Es ist daher dringend eine Verordnung erforderlich, durch die die Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, allen den landwirtschaftlichen Arbeitern zustehenden Naturalbezüge als solche in vollem Umfange zu gewähren.

Die Beilegung der pommerschen Streiks

* **Berlin**, 19. Juli. An den Verhandlungen zur Beilegung des Landarbeiterstreiks im Stettiner Oberpräsidium hat als Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes und gleichzeitig als Delegierter des Zentralrates das Vorstandsmitglied Haaß teilgenommen. Herr Haaß sprach sich dahin aus, daß der Landarbeiterstreik heute unbedingt als beigelegt angesehen werden kann. Bei den Stettiner Verhandlungen ist klar hervorgetreten, daß von nennenswerten Streiks in der vergangenen Woche nicht die Rede sein konnte, und daß alle derartigen Nachrichten tendenziös übertrieben waren.

Streik der Stettiner Privatschiffer

× **Stettin**, 19. Juli. Seit vergangenem Dienstag befinden sich die Privatschiffer im Verkehr Stettin—Berlin im Ausstande. Es handelt sich um etwa 500 Schiffe, die hier im Hafen liegen. Die Schiffer haben die Fortsetzung des Streiks auch nach Aufhebung des Generalstreiks beschlossen. Gefordert werden von Stettin nach Berlin für Deckkähne 9 M. für die Tonne, von Stettin nach Breslau Anteilfracht für Erze 18 Pf. für den Zentner und nach Posen 8 Pf. pro Zentner. Die Berliner wie auch die Oderschiffer haben je eine Kommission gebildet, die die Verhandlungen mit den Verfrachtern aufnehmen sollen.

Die Neubildung von Ländern

G. **Weimar**, 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Ueber den wichtigen Art. 18 ist eine Einigung zwischen den Führern der Demokraten, der Sozialdemokraten und des Zentrums zustande gekommen, die letzten Endes auf einen Sieg der Bestrebungen hinausläuft, die eine Zerschlagung Preußens gefordert haben. Die Bestimmungen über Neubildung von Ländern und über Abtrennung von Gebietsteilen von einem Einzelstaat sollen jetzt so gefaßt werden, daß eine Loslösung erfolgen kann, wenn drei Fünftel der Bevölkerung sie durch Volksbegehren verlangt. Diese Loslösung soll durch einfaches Reichsgesetz nach zwei Jahren der Bestätigung bedürfen. Damit wäre also eine Loslösung von Gebietsteilen von einem Einzelstaat ohne die Zustimmung des Einzelstaates ohne weiteres möglich.

Keine neue Provinz Westpreußen

* **Berlin**, 19. Juli. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Ein Teil der Presse hat die Nachricht von der angeblich beabsichtigten Bildung einer neuen Provinz „Westpreußen“ aus den Reststücken der bisherigen Provinzen gebracht. Diese Nachricht ist nicht richtig. Die genannten Teile werden an die bestehenden Verwaltungseinheiten angeschlossen werden.

Nach dem Westfälischen Frieden und nach dem Frieden von Versailles

Ein historisches Kapitel zur großen Vermögensabgabe

Von Dr. Fritz Kaphahn

Endlich wissen wir um die große Vermögensabgabe! Es soll hier nicht in die Besprechung des Regierungsentwurfs eingetreten werden. Vielleicht, daß die Progression bei einem zu hohen Prozentsatz namentlich für die kleinsten Vermögen einsetzt, daß Witwen und kleine Rentner besser zu schützen wären und der große Besitz der toten Hand nicht abgabefrei ausgehen dürfe! Doch darüber sollen zuständige Männer entscheiden. Ich will hier nur als Historiker unser deutsches Volk an eine Stunde aus seiner an höchster Erhebung und tiefster Erniedrigung gleich reichen Vergangenheit erinnern, in der es sich vor eine ähnlich umfassende Aufgabe gestellt sah.

Es gibt nur eine kriegerische Verwicklung in unsrer kriegsreichen Geschichte, die gleich starke Wandlungen im inneren Leben unseres Reiches hervorgerufen hat wie der Weltkrieg: der 30jährige, der „Große Krieg“ im 17. Jahrhundert. Als Deutschland in diese lange Leidenszeit eintrat, herrschte in den Einzelstaaten, wie Brandenburg, Sachsen, Bayern, Hannover usw. der dualistische Ständestaat, d. h. die Macht im Staate verteilte sich auf den Monarchen und die lediglich den Hochadel, Großgrundbesitz und das städtische Patriziat umfassende Ständeversammlung. Wie durch den Weltkrieg in Deutschland die dualistische konstitutionelle Monarchie mit ihrem betonten Schwerpunkt beim Herrscher abgelöst wurde durch die „monistische“, parlamentarische Republik, so wurde damals, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, wenn auch nicht so katastrophal wie heutzutage, der dualistische Ständestaat verdrängt von dem „monistischen“ Absolutismus, damals allerdings nicht des souveränen Volkes, sondern des unumschränkten Herrschers. Aber deutlicher noch ist die Aehnlichkeit der historischen Lage auf wirtschaftlichem Gebiete.

Es ist richtig: die wirtschaftlichen Produktivkräfte Deutschlands um 1618 zeigten nicht mehr die äußerste Anspannung, wie sie zur Zeit der berühmten Fugger im beginnenden 16. Jahrhundert und für uns beim Eintritt in den Weltkrieg kennzeichnend waren. Aus zahlreichen Gründen, unter denen die ökonomische Erschlaffung unsres Volkes, das Ueberholtwerden durch kräftigere Völker (wie Holländer und Engländer) wohl die entscheidenden waren, hatte sich das Entwicklungstempo der deutschen Volkswirtschaft verlangsamt, ihre Widerstandskraft verringert. Dafür ging aber die öffentliche wie private Kreditgebarung ganz dieselben Wege. Wie das spätere 19. und beginnende 20. Jahrhundert, so war auch das spätere 16. und beginnende 17. Jahrhundert die Zeit einer ganz außerordentlichen Anspannung des Schuldenwesens in Deutschland. Und wie zunächst der Weltkrieg diese Verhältnisse noch immer weiter und namentlich die Verschuldung des Reiches von 5 auf die schwindelnde Höhe von nun wohl 300 Milliarden emportrieb, so hat auch der 30jährige Krieg die Finanzlage der meisten deutschen Territorien und Städte zerrüttet. Selbstverständlich handelte es sich nicht um so ungeheure Summen wie heute. Wenn aber damals Sachsen 25 Millionen Gulden (den fünffachen Betrag aus der Zeit vor dem Kriege) oder Halle 4½ Millionen Taler (die mehr als dreifache Summe gegen 1618) schuldete, so bedeutete das eine ganz ungeheure Last. Wie sollte man sie tilgen?

Wir wissen heute, daß die landläufige Ansicht von den zerstörenden Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. Deutschland war damals keine Einöde geworden, keine der zahlreichen „Wüstungen“, d. h. der Dörfer, deren Namen wir kennen, die aber heute nicht mehr existieren, gehen auf den Dreißigjährigen Krieg zurück, sondern sind samt und sonders schon im Mittelalter entstanden. Und wenn am Ende des Krieges Hamburg und Frankfurt die 5 Millionen, die wir Schweden als Kriegsentschädigung zahlen mußten, vorstrecken wollten, so ist dies ein Beweis, daß auch damals noch Handel und Gewerbe ihren Mann nährten. Trotzdem ist aber an einem ungeheuren Rückgang der Produktivkräfte Deutschlands gegenüber dem Stand von 1618 nicht zu zweifeln. Deutschland war nach dem Dreißigjährigen Krieg seiner ökonomischen Struktur nach nicht mehr in der Lage, seine Schulden auf reguläre Weise zu tilgen. Es kam um einen mehr oder weniger verschleierten Bankrott nicht herum. Am glimpflichsten sind die Staatsgläubiger vielleicht in Sachsen davon gekommen. Die bleibenden Maßnahmen wurden bei uns auf dem Landtag von 1661 ergriffen. Die Gläubiger mußten auf die rückständigen Zinsen bis 1653 ganz verzichten und in eine Konversion ihrer Schuldbriefe von bisher fünfprozentigen in drei- (selten vier-) prozentige Papiere willigen. Bei der Auszahlung von Kapitalien verlegte sich der Staat aber auf „gütige Handlung“, d. h. die Gläubiger wurden bewogen, die auch auf die Zinsrückstände seit 1653 und einen mehr oder weniger großen Teil ihres Kapitals überhaupt verzichteten. Bei weitem radikaler ging der Große Kurfürst in Brandenburg vor, der von den Staatseinnahmen nahezu überhaupt nichts zur Tilgung der alten Schulden übrigließ und dessen Gläubiger sich glücklich schätzen mußten, wenn sie 20 Prozent des angelegten Kapitals zurückerhielten. Friedrich Wilhelm von Brandenburg opferte die Vergangenheit um der Zukunft willen.

Heute stehen wir vor der gleichen ungeheuren Aufgabe: der weitgehenden Zertrümmerung unsres Wohlstandes, um den Boden für eine bessere Zukunft

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919072002/1